

Informationen zur Europawahl am 25. Mai 2014 im Oberbergischen Kreis

Oberbergischer Kreis
Der Landrat
als Kreiswahlleiter



OBERBERGISCHER KREIS

INHALTSVERZEICHNIS

1. DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG VON 1950 BIS HEUTE	1
2. INFORMATIONEN ZUR EUROPAWAHL AM 25.05.2014	3
2.1. Allgemeines.....	3
2.2. Bedeutung des Europäischen Parlaments	6
3. WAHLEN	7
3.1. Wahlberechtigung	7
3.2. Wählbarkeit.....	9
3.3. Wahlsystem	9
3.4. Wahlgebiet und Wahlzeit	10
3.5. Zahl der Wahlberechtigten.....	11
4. BEWERBER	11
4.1. Alter der Bewerber	13
4.2. Statistische Auswertung der Wahlergebnisse	13
4.3. Kosten der Wahl	14
5. UNTERSTÜTZUNG VON BLINDEN UND SEHBEHINDERTEN	15
6. WAHLBETEILIGUNG	16
7. STIMMZETTELmuster	17
8. ERGEBNIS DER EUROPAWAHL VOM 07.06.2009	19

1. Die Europäische Einigung von 1950 bis heute

- 1950 Der französische Außenminister Robert Schumann schlägt vor, die deutsche und die französische Kohle- und Stahlindustrie einer gemeinsamen Organisation zu unterstellen. Ein Jahr später gründen die beiden Länder sowie Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
- 1957 In Italien werden die römischen Verträge unterzeichnet. Mit ihnen gründen die sechs EGKS-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).
- 1963 Der französische Präsident Charles de Gaulle legt gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG ein Veto ein.
- 1967 EWG, EGKS und die Europäische Atomgemeinschaft werden zur Europäischen Gemeinschaft zusammengelegt.
- 1968 In der EG wird die Zollunion verwirklicht. Seitdem sind die Im- und Exporte zwischen den Staaten der EG zollfrei.
- 1969 Die Regierungschefs der EG vereinbaren, die Integration zu vertiefen und zu beschleunigen und die Gemeinschaft um die Länder Großbritannien, Irland und Dänemark zu erweitern.
- 1972 Die EWG-Staaten beschließen, auch auf anderen Gebieten der Politik zusammenzuarbeiten. Diese sind die Energie-, Regional- und Umweltpolitik.
- 1973 Die Länder Dänemark, Irland u. Großbritannien treten der EG bei.
- 1975 Beschluss zur Einführung eines Europapasses.
- 1978 Einigung über die Einführung eines Europäischen Währungssystems (EWS). Es wird ebenfalls die Einführung einer europäischen Währung (ECU) beschlossen. Die Hauptakteure dieses wichtigen Schritts sind der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt.
- 1979 Es findet erstmals eine Wahl statt, bei der die Bürger der Gemeinschaft die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt wählen können. In Deutschland bekommt die SPD mit dem Spitzenkandidaten Willy Brandt die meisten Stimmen. Die Französin Simone Veil wird zur Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt.
- 1981 Griechenland tritt als zehnter EU-Mitgliedsstaat bei.
- 1985 Das Schengener Abkommen zum freien Grenzübertritt wird zwischen Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten beschlossen.

- 1986 Portugal und Spanien treten der EG bei, die damit zwölf Mitgliedsstaaten umfasst. Außerdem wird in diesem Jahr die erste umfassende Änderung der Gründungsverträge, die Einheitliche Europäische Akte, unterzeichnet. Die Vollendung des Binnenmarktes wird für Ende 1992 festgelegt.
- 1990 Durch die Wiedervereinigung Deutschlands kommen die neuen fünf Bundesländer in die EG.
- 1992 Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union, der Ende 1991 vereinbart wurde, wird von den zwölf Staaten unterzeichnet. Er tritt am 01.11.1993 in Kraft. Es werden die Bereiche der Politik erweitert, in denen die Staaten der EG zusammenarbeiten. Dazu zählen: Bildung, Kultur, Verbraucherschutz, Gesundheitswesen, Industrie, Entwicklungshilfe, Außen- und Sicherheitspolitik, Justiz und Inneres.
- 1993 Der Europäische Binnenmarkt wird verwirklicht. Einer der maßgeblichen Köpfe dabei ist der Präsident der EU-Kommission Jacques Delors.
- 1995 Finnland, Schweden und Österreich treten der EG bei.
- 1997 Auf dem Gipfeltreffen in Amsterdam wird der erweiterte Vertrag über die Europäische Union verabschiedet, der zusätzliche Rechte für das Europäische Parlament beinhaltet. Es wird außerdem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verabschiedet. Dieser soll eine stabile Haushaltsführung der Teilnehmer an der Europäischen Währungsunion sichern.
- 1998 Es werden die Länder benannt, die ab dem 01.01.1999 den EURO einführen dürfen. Es sind Frankreich, Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Finnland, Österreich, Irland, Spanien, Portugal und Italien.
- 1999 Die Europäische Währungsunion beginnt. Des Weiteren wird auf einem Sondergipfel in Berlin unter dem Ratsvorsitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2000 angenommen, die den finanziellen Rahmen der EU für die Jahre 2000 bis 2006 festlegt, und dadurch die EG auf die Osterweiterung vorbereiten soll. Romano Prodi aus Italien wird künftiger Kommissionspräsident.
- 2000 Am 08.12. wird die Charta der Grundrechte der EU verkündet. Danach findet eine Regierungskonferenz über den Vertrag von Nizza statt, der am 26.06.2001 unterzeichnet wird.
- 2002 Die Euro-Banknoten und –münzen werden ausgegeben.
- 2003 Der Vertrag von Nizza tritt am 1. Februar in Kraft.

- 2004 10 neue Mitgliedsstaaten treten der EU am 01.05. bei: Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta.
- Am 29.10. wird der Vertrag über eine Verfassung für Europa unterzeichnet, aufgrund von negativen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, trat die Verfassung jedoch nie in Kraft.
- 2007 Am 1. Januar werden als 26. und 27. Mitgliedsstaat Rumänien und Bulgarien in die Union aufgenommen.
- Am 13. Dezember wird der Vertrag von Lissabon unterzeichnet, welcher den abgelehnten Vertrag über eine Verfassung für Europa ersetzen soll. Bei der Ratifikation des Vertrags kam es in mehreren Mitgliedstaaten zu Schwierigkeiten. Insbesondere ein ablehnendes Referendum in Irland im Sommer 2008 verzögerte den ursprünglichen Zeitplan.
- 2009 Nach einer Wiederholung des Referendums in Irland im Herbst 2009 tritt der Vertrag von Lissabon schließlich zum 01.12. in Kraft.
- 2012 Der Europäischen Union wird der Friedensnobelpreis „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ zuerkannt.
- 2013 Kroatien wird der 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union.

2. Informationen zur Europawahl am 25.05.2014

2.1. Allgemeines

Bei der Europawahl 2014 wird das 8. Europäische Parlament gewählt. Das Europäische Parlament ist eines der sieben Organe der EU.

Die Organe der Union sind gemäß Art. 13 des Vertrages über die Europäische Union:

- das Europäische Parlament,
- der Europäische Rat,
- der Rat,
- die Europäische Kommission,
- der Gerichtshof der Europäischen Union,
- die Europäische Zentralbank und
- der Rechnungshof

Jeder Mitgliedsstaat wählt für das Europäische Parlament die Vertreter für seinen Staat. Die Abgeordneten werden für fünf Jahre gewählt. Das 8. Europäische Parlament wird **erstmalig** nach den Vorgaben des **Vertrags von Lissabon** gewählt. Für die Letzte Wahl galt noch der Vertrag von Nizza. Grundsätzlich orientiert sich die Zahl der Abgeordneten wie vorher an der Bevölkerungszahl des Mitgliedslandes. Nach dem Vertrag von Lissabon darf das Europäische Parlament inklusive Präsident maximal 751 Abgeordnete umfassen. Kein Land soll mehr als 96 oder weniger als 6 Sitze im Parlament haben, damit sich weder eine einseitige Dominierung noch eine politische Einflusslosigkeit ergibt. Einwohnerärmere Staaten sind dadurch im Vergleich zu einwohnerstarken Staaten besser im Europäischen Parlament repräsentiert („degressive Proportionalität“).

Nach der letzten Europawahl hat sich das Europäische Parlament am 14.07.2009 für seine siebte Wahlperiode konstituiert. Zu Beginn dieser Wahlperiode hatte es 736 Mitglieder. Mit Abschluss des Vertrages von Lissabon durften die Länder, die einen Zuwachs an Parlamentsmitgliedern verzeichnen konnten, diese bereits entsenden. Damit wurde das Parlament vorübergehend auf 754 Abgeordnete erweitert. Die 18 zusätzlichen Mitglieder traten ihr Amt im Verlauf des Dezember 2011 an. 2013 wurde Kroatien Mitgliedsstaat der Europäischen Union und erhielt nach dem Ergebnis der Beitrittsverhandlungen vom 01.07.2013 bis zur nun anstehenden Europawahl 12 Parlamentssitze, damit wuchs das Parlament auf die aktuelle Größe von 766 Abgeordneten an. Diese Sitze werden zur Europawahl 2014 anderen Mitgliedsstaaten abgezogen, um auf die vertraglich festgelegte Anzahl von 751 Mandaten zu kommen. In diesem Zusammenhang werden Deutschland drei Sitze abgezogen. Je einen Sitz verlieren die zwölf Staaten Belgien, Bulgarien, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Rumänien, Tschechische Republik, Ungarn und Kroatien selber.

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

Land	Nizza (alt)	aktuell (Übergang Lissabon + Zutritt Kroatien)	Lissabon (neu)
Belgien	22	22	21
Bulgarien	17	18	17
Deutschland	99	99	96
Dänemark	13	13	13
Estland	6	6	6
Finnland	13	13	13
Frankreich	72	74	74
Griechenland	22	22	21
Irland	12	12	11
Italien	72	73	73
Kroatien		12	11
Lettland	8	9	8
Litauen	12	12	11
Luxemburg	6	6	6
Malta	5	6	6
Niederlande	25	26	26
Österreich	17	19	18
Polen	50	51	51
Portugal	22	22	21
Rumänien	33	33	32
Schweden	18	20	20
Slowakei	13	13	13
Slowenien	7	8	8
Spanien	50	54	54
Tschechien	22	22	21
Ungarn	22	22	21
Vereinigtes Königreich	72	73	73
Zypern	6	6	6
Europäische Union	736	766	751

Die Verringerung der 15 Sitze verteilt sich auf insgesamt 13 Staaten. Deutschland verliert durch die Reduzierung auf die zukünftig maximal erlaubte Sitzzahl eines Landes drei Sitze. Je einen Sitz verlieren die zwölf Staaten Rumänien, Grie-

chenland, Belgien, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn, Österreich, Bulgarien, Irland, Kroatien, Litauen und Lettland.

Im 7. Europäischen Parlament ist die Bundesrepublik Deutschland mit folgenden Parteien vertreten:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
5. Freie Demokratische Partei (FDP)
6. DIE LINKE (DIE LINKE)

2.2. Bedeutung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Rat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Es erfüllt Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsfunktionen nach Maßgabe der Verträge. Es wählt den Präsidenten der Kommission.

Bei der Gestaltung der Rechtssätze hat das Europäische Parlament in den meisten Politikfeldern gleiches Gewicht wie der Rat der Europäischen Union. Sie können jeweils in zwei Lesungen Änderungen an den Gesetzesvorlagen vornehmen. Bei Uneinigkeit müssen sie sich in einem Vermittlungsausschuss einigen. Die Tatsache, dass europäisches Recht dem Grunde nach über dem Recht der einzelnen Mitgliedsstaaten steht wird weitgehend verkannt, woraus sich die relativ geringe Wahlbeteiligung (s.u.) ergeben dürfte.

Das Europäische Parlament und der Rat bilden gemeinsam die Haushaltsbehörde der EU, die über die Budgetierung des EU-Haushalts entscheidet. Die Europäische Kommission schlägt einen Haushaltsentwurf vor, im Haushaltsverfahren können dann Parlament und Rat Änderungen beschließen. Kommt es nicht zu einer Einigung, wird der Haushaltsentwurf in einem Vermittlungsausschuss beraten, dem sowohl Vertreter des Parlamentes als auch des Rates angehören. Kommt es zu keiner Einigung so legt der Rat einen neuen Haushaltsentwurf vor. Kommt es im Vermittlungsverfahren zu einem gemeinsamen Entwurf, können

Rat und Parlament diesem binnen 14 Tagen zustimmen. Lehnt der Rat den Entwurf ab, so kann das Parlament immer noch beschließen, ihn anzunehmen.

Außerdem übt das Parlament die parlamentarische Kontrolle über die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union aus. Es prüft zusammen mit dem Rechnungshof, ob die Kommission den Haushaltsplan ordnungsgemäß ausgeführt hat. Auch der Rat und der Europäische Rat sind dem Parlament Rechenschaft schuldig. Der Präsident des Europäischen Rates erstattet dem Parlament nach jedem Gipfeltreffen Bericht. Die Mitglieder des Rates oder der Kommission sind zur Antwort verpflichtet, wenn Abgeordnete schriftlich oder mündlich Auskunft von ihnen verlangen. Hierfür kann es Untersuchungsausschüsse einrichten und gegebenenfalls Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben.

Auch der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten ist von der Zustimmung des Europäischen Parlaments abhängig.

3. Wahlen

3.1. Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sind:

1. Deutsche, die:
 - das 18. Lebensjahr vollendet haben **und**
 - a. seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wohnen oder sich sonst gewöhnlich aufhalten **oder**
 - b. nach Vollendung Ihres 14. Lebensjahres mindestens 3 Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt **oder**
 - c. aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von Ihnen betroffen sind
 - und**
 - nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, wer durch Richterspruch das Wahlrecht nicht besitzt, einen dauerhaften Betreuer bestellt hat oder sich auf Grund einer Anordnung nach § 63 i. V. m. § 20 StGB in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet.

2. in Deutschland lebende Unionsbürger können an der Europawahl teilnehmen, wenn sie:
 - am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben,
 - seit min. 3 Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Mitgliedsstaat der EU eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und
 - nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Unionsbürger, wenn einer der oben genannten Ausschlussgründe für Deutsche gegeben ist oder er in dem Mitgliedstaat der EU, dessen Angehörigkeit er besitzt, infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Entscheidung das Wahlrecht nicht besitzt.

Unionsbürger müssen sich entscheiden, ob sie an der Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland *oder* in ihrem Herkunftsland teilnehmen möchten.

Wahlberechtigte nichtdeutsche Unionsbürger werden von Amts wegen bei der kommenden sowie bei künftigen Wahlen zum Europäischen Parlament von der zuständigen Gemeinde in ein Wählerverzeichnis eingetragen, wenn sie:

- auf ihren Antrag hin bereits bei einer vorherigen Europawahl in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen worden waren und
- sie zwischenzeitlich nicht ins Ausland verzogen waren, sofern die sonstigen wahlrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

Alle übrigen nichtdeutschen Unionsbürger müssen bis zum 21. Tag vor der Wahl (04.05.2014) einen Antrag auf Eintragung in ein hiesiges Wählerverzeichnis stellen.

3.2. Wählbarkeit

Wählbar ist, wer am Wahltag:

1. als Deutscher
 - das 18. Lebensjahr vollendet hat und
 - nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist (s.o.) oder infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

2. als Unionsbürger
 - das 18. Lebensjahr vollendet hat und
 - in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält
 - die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzt
 - nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist (s.o.), infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder in seinem Herkunftsland infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Entscheidung die Wählbarkeit nicht besitzt.

3.3. Wahlsystem

Das Wahlsystem ist eine Verhältniswahl nach Listen. Die zu besetzenden Sitze werden im Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren verteilt: Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Sitze, wie sich nach Teilung der gesamten für ihn abgegebenen Stimmen durch einen Zuteilungsdivisor ergeben.

Jeder Wähler hat eine Stimme. Im ersten Schritt wird eine Näherungszuteilung berechnet, indem die Gesamtzahl aller zu berücksichtigenden Stimmen durch die Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze geteilt und auf diese Weise ein vorläufiger Zuteilungsdivisor ermittelt wird. Etwa verbleibende Diskrepanzen werden in den folgenden Schritten durch Herauf- oder Herabsetzung des Zuteilungsdivisors so

lange abgebaut, bis die Endzuteilung erreicht ist, bei der die Sitzzuteilung mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze übereinstimmt.

Die Listen sind entweder Listen für einzelne (Bundes-) Länder (Landeslisten), die prinzipiell als verbunden gelten, oder gemeinsame Listen für alle Länder (Bundeslisten).

Für die Wahl gelten keinerlei Sperrklauseln. Das Bundesverfassungsgericht hat die erst am 10.10.2013 in Kraft getretene Drei-Prozent-Sperrklausel für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt hat. Bei der letzten Direktwahl zum Europäischen Parlament 2009 wurden aufgrund der seinerzeit geltenden Fünf-Prozent-Sperrklausel sechs Parteien in Deutschland berücksichtigt. Ohne die Sperrklausel hätten rechnerisch sieben weitere Parteien und politische Vereinigungen einen Sitz oder zwei Sitze im Parlament errungen.

3.4. Wahlgebiet und Wahlzeit

Nach Art. 10 und 11 des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Direktwahlakt) findet die Wahl fünf Jahre nach der vorangehenden Europawahl in einem Zeitraum zwischen Donnerstag und Sonntag statt. Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union bestimmt selbst, wann in seinem Land die die Wahlhandlung stattfindet. In Deutschland findet die Wahl am Sonntag, den 25. Mai 2014, statt, auch in Österreich und anderen Ländern wird üblicherweise sonntags gewählt, in Großbritannien und den Niederlanden dagegen bereits am Donnerstag.

Wahlgebiet ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Wahllokale sind in Deutschland bei der Europawahl von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Nach Schließung der Wahllokale kann unmittelbar mit der Stimmenauszählung begonnen werden. Finden gleichzeitig auch andere Wahlen statt, so wie z.B. die Kommunalwahl im Jahr 2014, so ist gesetzlich festgelegt, dass die Stimmen der Europawahl zuerst ausgezählt werden müssen. Die Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses für Deutschland durch den Bundeswahlleiter darf jedoch frühestens nach Ende der Stimmabgabe in den anderen EU-Mitgliedsstaaten erfolgen.

3.5. Zahl der Wahlberechtigten

Für die Wahl der Abgeordneten zum 8. Europäischen Parlament werden in Deutschland ca. 64,4 Millionen Deutsche und Unionsbürger und –bürgerinnen wahlberechtigt sein.

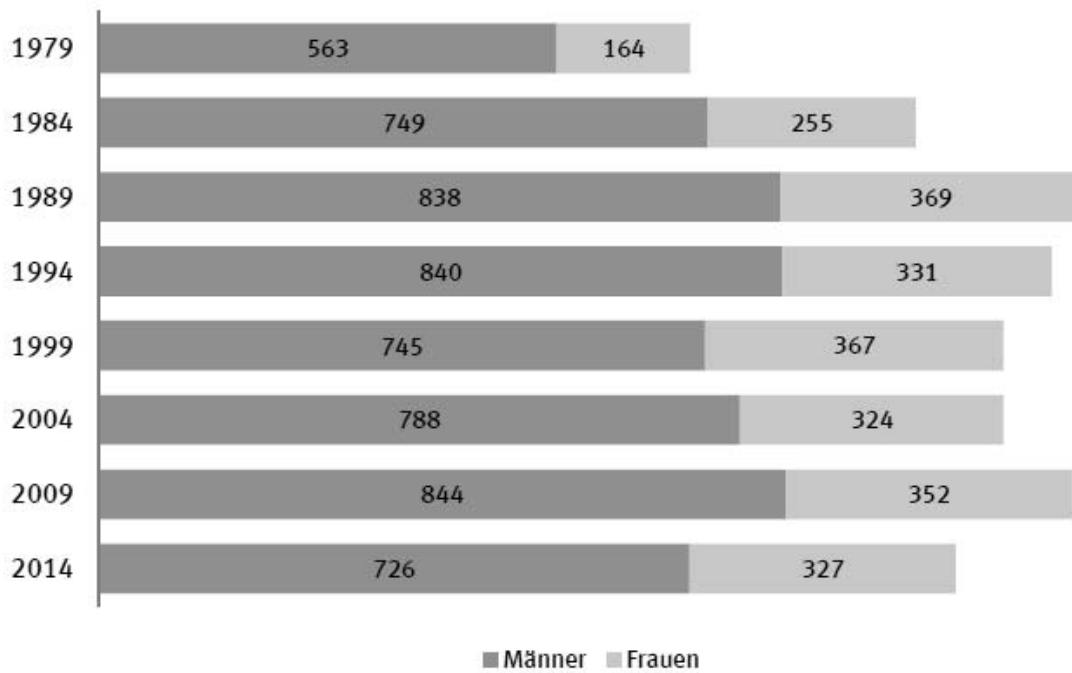
Im Oberbergischen Kreis liegt die Zahl der Wahlberechtigten bei ca. 209.643 Personen, die sich wie folgt auf die einzelnen Städte und Gemeinden verteilen (Stand: 20.04.2014):

Wahlgebiet	Wahlberechtigte Europawahl
Bergneustadt	13.214
Gummersbach	38.204
Marienneide	10.294
Morsbach	8.230
Nümbrecht	13.258
Reichshof	14.777
Engelskirchen	15.259
Waldbröl	14.209
Wiehl	20.235
Hückeswagen	12.045
Lindlar	16.475
Radevormwald	16.666
Wipperfürth	16.777
Oberbergischer Kreis	209.643

4. Bewerber

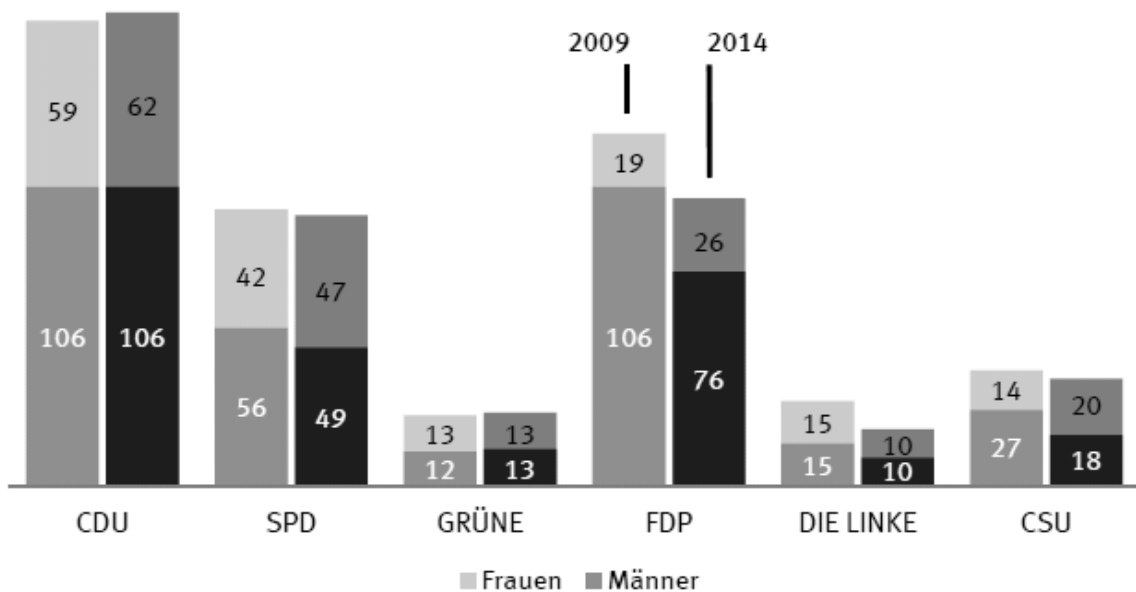
Um die 96 Sitze, die die Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament zu besetzen hat, kandidieren 24 Parteien und sonstige politische Vereinigungen mit gemeinsamen Listen für alle Bundesländer. Ausschließlich auf Landesebene kandidieren die CDU in allen Bundesländern außer Bayern und die CSU nur in Bayern. Insgesamt stellen sich 1.053 Bewerber zur Wahl.

Bewerberinnen und Bewerber nach Geschlecht bei den Europawahlen 2079 bis 2014 in Deutschland



Quelle: Informationen des Bundeswahlleiters, Europawahl 2014, Sonderheft

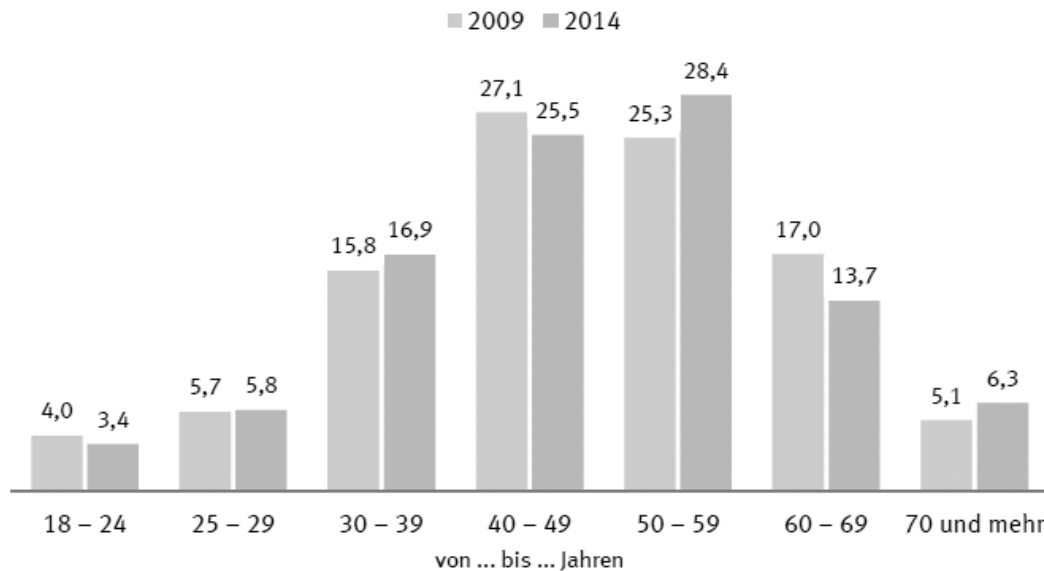
Bewerberinnen und Bewerber nach Geschlecht bei den Europawahlen 2009 und 2014 in Deutschland
-nur die im Europaparlament vertretenen Parteien-



Quelle: Informationen des Bundeswahlleiters, Europawahl 2014, Sonderheft

4.1. Alter der Bewerber

Bewerberinnen und Bewerber nach Altersgruppen bei den Europawahlen 2009 und 2014



Quelle: Informationen des Bundeswahlleiters, Europawahl 2014, Sonderheft

4.2. Statistische Auswertung der Wahlergebnisse

Aus der Gesamtheit der 75.000 Urnenwahlbezirke wurden knapp 2.900, aus den rund 15.000 Briefwahlbezirken ca. 350 Bezirke ausgewählt. In diesen Stimmbezirken werden Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck für Frauen und Männer nach sechs Gruppen von Geburtsjahrgängen (1944 und früher, 1945-1954, 1955-1969, 1970-1979, 1980-1989 und 1990-1996) verwendet. Das Wahlgeheimnis ist auf Grund der Größe der Wahlbezirke, die in die Stichprobe einbezogen worden sind, gewährleistet. Im Oberbergischen Kreis nehmen die Gemeinde Engelskirchen, die Stadt Gummersbach, die Gemeinde Morsbach, die Gemeinde Reichshof, die Stadt Waldbröl und die Stadt Wiehl an der repräsentativen Wahlstatistik teil.

Bei der Europawahl 2009 hat die repräsentative Wahlstatistik bundesweit u.a. Folgendes ergeben:

Von den 62,2 Mio. Wahlberechtigten in Deutschland machten bei der siebten Direktwahl des Europäischen Parlaments lediglich 26,9 Mio. von ihrem Wahlrecht

Gebrauch. Mit einer Wahlbeteiligung von 43,3 % fiel das Wählerinteresse an der Europawahl 2009 minimal höher aus als bei der Europawahl 2004, die eine Wahlbeteiligung von 43,0 % aufwies. Da die Wahlbeteiligung 1999 gegenüber früheren Europawahlen ganz erheblich zurückgegangen war (1994: 60,0 %; 1989: 62,3 %; 1984: 56,8 %; 1979: 65,7 %), scheint sich das Wählerinteresse bei Europawahlen auf einem niedrigen Niveau einzupendeln. Die Wahlbeteiligung 2009 war die zweitniedrigste von allen bisherigen bundesweiten Wahlen. Ein Vergleich mit den Bundestagswahlen zeigt, dass das Interesse an nationalen Wahlen wesentlich höher ist. Die Wahlbeteiligung lag bei den letzten sechs Bundestagswahlen um 70-80 % (1994: 79,0 %, 1998: 82,2 %, 2002: 79,1 %, 2005: 77,7%, 2009: 70,8%, 2013: 71,5 %).

Die Wahlbeteiligung der Frauen war bei der Europawahl 2009 mit 43,8 % etwas niedriger als die der Männer, die bei 44,2 % lag.

4.3. Kosten der Wahl

Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Die Kostenerstattung erfolgt durch eine Kombination aus einer genauen Abrechnung der tatsächlich entstandenen Kosten und einem festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag je Wahlberechtigten (0,47 Euro in den Gemeinden mit bis zu 100 000 Wahlberechtigten, 0,73 Euro für die Gemeinden mit mehr als 100 000 Wahlberechtigten). Die Kosten für die Versendung der Wahlbenachrichtigungen und der Briefwahlunterlagen sowie die Erfrischungsgelder für die Mitglieder der Wahlvorstände werden den Ländern im Wege der Einzelabrechnung ersetzt. Für die Durchführung der Europawahl 2009 hatte der Bund den Ländern rund 66,8 Mio., 2004 rund 56,6 Mio., 1999 rund 52,7 Mio. Euro und zur Europawahl 1994 ca. 52,9 Mio. Euro erstattet.

Von der Wahlkostenerstattung für die Länder und Gemeinden zu trennen ist die staatliche Finanzierung der Parteien. Nach der Neuregelung im Parteiengesetz von 1994 gewährt der Staat den Parteien Mittel als Teilfinanzierung der ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Aufgaben, wozu auch die Wahlteilnahme einschließlich der Werbung um die Wählerstimmen gehört. Parteien, die bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5% oder bei einer

Landtagswahl 1,0% der für Listen abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben, stehen Mittel der staatlichen Parteienfinanzierung zu.

Die Parteien erhalten jährlich im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung:

- 0,70 € für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme; für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 4 Mio. gültigen Stimmen 0,85 € je Stimme oder
- 0,70 € für jede für sie in einem Wahlkreis abgegebene gültige Stimme, wenn in einem Land eine Liste für diese Partei nicht zugelassen war und sie 10% der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben; für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 4 Mio. gültigen Stimmen 0,85 € je Stimme und
- 0,38 € für jeden Euro, den sie als Zuwendung (Mitgliedsbeitrag oder Spende) erhalten haben; dabei werden nur Zuwendungen bis zu 3.300 Euro je natürliche Person berücksichtigt.

Für bis zu vier Millionen erhaltene Stimmen erhalten die Parteien abweichend 0,82 €.

5. Unterstützung von Blinden und Sehbehinderten

Auch bei der Europawahl 2014 werden blinden und sehbehinderten Bürgerinnen und Bürgern Stimmzettelschablonen angeboten. Dieses Angebot gab es erstmalig bei der Bundestagswahl 2002. Auf Anfrage über eine bundesweite Hotline 01805/666 456 (0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz) – die automatisch die Verbindung zu dem zuständigen Landesverband herstellt - übersenden dann die Landesvereine des DBSV (Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V.) dem blinden und sehbehinderten Wähler "seine" Wahlschablone. Die Kosten für die Herstellung der Schablonen werden den Blindenvereinen durch die Bundesregierung erstattet. Die Mitgliedschaft im Blindenverein ist nicht erforderlich um eine Stimmzettelschablone zu erhalten.

Zur Orientierung sind alle Stimmzettel einheitlich in der rechten oberen Ecke gelocht oder gestanzt, an der Stimmzettelschablone ist dazu passend die rechte obere Ecke abgeschnitten. Mit jeder Schablone werden Begleitinformationen zum

Aufbau der Schablone und zum Stimmzettel ausgegeben, je nach Landesverband in Punktchrift, als Audio-CD, im DAISY-Format oder in Großdruck. So können blinde und sehbehinderte Wählerinnen und Wähler am Wahltag in der Wahlkabine oder vorher per Briefwahl selbstständig ihren Stimmzettel ausfüllen.

6. Wahlbeteiligung

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent		
	Bundestagswahlen (gesamtes Bundesgebiet)	Landtagswahlen NW (in NRW)	Europawahlen (Wahlbeteiligung in Deutschland)
1949	78,5		
1950		72,3	
1953	86,0		
1954		72,6	
1957	87,8		
1958		76,6	
1961	87,7		
1962		73,4	
1965	86,8		
1966		76,5	
1969	86,7		
1970		73,5	
1972	91,1		
1975		86,1	
1976	90,7		
1979			65,7
1980	88,6	80,0	
1983	89,1		
1984			56,8
1985		75,2	
1987	84,3		
1989			62,3
1990	77,8	71,8	
1994	79,0		60,0
1995		64,0	
1998	82,2		
1999			45,2
2000		56,7	
2002	79,1		
2004			43,0
2005	77,7	63,0	
2009	70,8		43,3
2010		59,3	
2012		59,6	
2013	71,5		

7. Stimmzettelmuster

Stimmzettel für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014 im Land Nordrhein-Westfalen

Sie haben **1** Stimme



Bitte hier ankreuzen

1	<p>CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands</p> <p>1. Herbert Reul, Stadtrat, Lachingen 2. Elmar Brok, Journalist, Bielefeld 3. Dr. Renske Sommer, Dipl.-Agraringenieurin, Herne 4. Dr. Hans-Peter Liese, Arzt/MdEP, Meschede 5. Sabine Verheyen, Hausfrau, Aachen</p>	<p>– Liste für das Land Nordrhein-Westfalen –</p> <p>6. Dr. Markus Pieper, Dipl.-Geograph/MdEP, Lotte 7. Axel Voss, Rechtsanwalt/MdEP, Bonn 8. Karl-Heinz Florenz, Landwirt, Neukirchen-Vluyn 9. Dennis Radtke, Gewerkschaftssekretär, Bochum 10. Elke Duhamme, Sparkassenbetriebswirtin, Telgte</p>	<input type="radio"/>
2	<p>SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> <p>1. Martin Schulz, Buchhändler, Würselen (NW) 2. Birgit Sippel, Mitglied des Europäischen Parlaments, Amsberg (NW) 3. Udo Bullmann, Politikwissenschaftler, Gießen (HE) 4. Kerstin Westphal, Erzieherin/MdEP, Schweinfurt (BY) 5. Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments, Burgdorf (NI)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Evelyn Gebhardt, Mitglied des Europäischen Parlaments, Schwäbisch Hall (BW) 7. Jens Geier, Mitglied des Europäischen Parlaments, Essen (NW) 8. Julia Steinruck, Mitglied des Europäischen Parlaments, Ludwigshafen am Rhein (RP) 9. Irmal Erbug, Krankenkassenbetriebswirt, Kammernbruck (BY) 10. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Dipl.-Japanologin, Berlin (BE)</p>	<input type="radio"/>
3	<p>GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p> <p>1. Rebecca Harms, Mitglied des Europäischen Parlaments, Waddewitz (NI) 2. Sven Giegel, Wirtschaftswissenschaftler, Düsseldorf (NW) 3. Franziska Keller, Islamwissenschaftlerin, Berlin (BE) 4. Reinhard Büttiker, Politiker, Berlin (BE) 5. Barbara Lochbihler, Politologin/MdEP, Berlin (BE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Jan Philipp Albrecht, Jurist, Hamburg (HH) 7. Dr. Helga Trüpel, Mitglied des Europäischen Parlaments, Bremen (HB) 8. Martin Häusling, Bio-Bauer, Bad Zwesten (HE) 9. Theres Reintke, Dipl.-Pädologin, Oberhausen (NW) 10. Michael Cramer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Berlin (BE)</p>	<input type="radio"/>
4	<p>FDP Freie Demokratische Partei</p> <p>1. Alexander Graf Lambsdorff, Diplomat/MdEP, Bonn (NW) 2. Michael Theurer, Oberbürgermeister a.D./MdEP, Horb am Neckar (BW) 3. Gesine Meißner, Kommunikationstrainerin/MdEP, Winnigsen (Deister) (NI) 4. Nadja Hirsch, Dipl.-Psychologin/MdEP, München (BY) 5. Dr. Wolf Klinz, Dipl.-Kaufmann/MdEP, Königstein im Taunus (HE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Britta Reimers, Landwirtin/MdEP, Lockstedt (SH) 7. Alexandra Thein, Notarin/MdEP, Berlin (BE) 8. Cécile Bonnet, Bildungsreferentin, Schwerin (MV) 9. Renata Alt, Chemie-Ingenieurin/Dipl.-Ing., Kirchheim unter Teck (BW) 10. Arian Kriesch, Dipl.-Physiker, Erlangen (BY)</p>	<input type="radio"/>
5	<p>DIE LINKE DIE LINKE</p> <p>1. Gabriele Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Nahetal-Waldau (TH) 2. Thomas Händel, Gewerkschaftssekretär, Fürth (BY) 3. Cornelia Ernst, Lehrerin, Dresden (SN) 4. Helmut Scholz, Dipl.-Politologe/MdEP, Zeuthen (BB) 5. Sabine Lösing, Sozialtherapeutin, Göttingen (NI)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Fabio De Masi, Volkswirt, Hamburg (HH) 7. Martina Michels, Dipl.-Philosophin, Berlin (BE) 8. Martin Schirdewan, wis. Mitarbeiter, Berlin (BE) 9. Sophia Leontiadis, Politologin, Bremen (HB) 10. Malte Fiedler, Student, Berlin (BE)</p>	<input type="radio"/>
6	<p>REP DIE REPUBLIKANER</p> <p>1. Hermann Mack, Fußpfleger, Bächingen a. d. Brenz (BY) 2. André Maniera, Jurist, Dosseldorf (NW) 3. Rodolfo Panetta, Kraftfahrer L.R., Horb am Neckar (BW) 4. Bert Rüdiger Förster, Rentner, Hanau (HE) 5. Alois Böbesch, Betriebsleiter, Speyer (RP)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Heiko Müller, selbst. Unternehmer, Ludwigfelde (BB) 7. Volker Marsch, Arzt, Porta Westfalica (NW) 8. Manfred Hock, Beamter, Frankfurt/Main (HE) 9. Gerhard Esser, Dipl.-Kaufmann/Vermögensverwalter, Mering (BY) 10. Matthias Haugk, Lagerist, Radolfzell am Bodensee (BW)</p>	<input type="radio"/>
7	<p>Tierschutzpartei PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</p> <p>1. Stefan Eck, Werbekaufmann, Saarbrücken (SL) 2. Carsten Molitor, Bankkaufmann, Moormerland (NI) 3. Dr. Peter Zimmer, Tierarzt, Tann (BY) 4. Nancy Streit, Dipl.-Betriebswirtin, Falkenstein/Farz (ST) 5. Bernd Mallon, Industriekaufmann, Kiel (SH)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Barbara Naubacher, Dipl.-Psychologin, Herrsching a. Ammersee (BY) 7. Peter Jung, Verwaltungschangestellter, St. Wendel (SL) 8. Hans Westert, Printersingenstalter, Ethingen (BY) 9. Dr. Petra Kuppinger, Philosophin M.A., Mainz (RP)</p>	<input type="radio"/>
8	<p>PIRATEN Piratenpartei Deutschland</p> <p>1. Julia Fieda, Politikwissenschaftlerin, Wiesbaden (HE) 2. Frank Amann, Politikwissenschaftler, Köln (NW) 3. Inke Domscheidt, Unternehmerin, Fürstenberg/Havel (BR) 4. Bruno Kramm, Musikproduzent, Wittenberg (BY) 5. Anne Helm, Synchronsprecherin, Berlin (BE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Gregory Engels, Unternehmer, Offenbach am Main (HE) 7. Jens Seipenbusch, IT-Spezialist, Münster (NW) 8. Gilles Bordelais, Systembetreuer, Köln (NW) 9. Martina Pöser, Verwaltungsjuristin, Bremen (HB) 10. Patrick Schäffer, Mediendesigner, Düsseldorf (NW)</p>	<input type="radio"/>
9	<p>FAMILIE Familien-Partei Deutschlands</p> <p>1. Anne Gericke, selbstständig, Tessin (MV) 2. Maria Hartmann, Kind. Angestellte, Kaarst (NW) 3. Albrecht Hauck, Bankkaufmann, St. Ingbert (SL) 4. Josina Sikora, selbstständig, Neustadt a. d. Aisch (BY) 5. Werner Lehmann, Malermeister, Leuzen (SH)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Thomas Mütsch, Dipl.-Ing., Boxberg (BW) 7. Klemens Zentgraf, Dipl.-Ing., Untermaßfeld (TH) 8. Margarete Nickel, Hausfrau, Oberrhein (RP) 9. Andre Schäfer, Heilpädagog, Friesoythe (NI) 10. Angelika Hagendorf, Dipl.-Pädagogin, Münster (NW)</p>	<input type="radio"/>
10	<p>FREIE WÄHLER FREIE WÄHLER</p> <p>1. Ulrike Müller, Bäuerin/MdL, Ossen-Wilms (BY) 2. Wolf Achim Wegand, Journalist, Hamburg (HH) 3. Manfred Petry, Südl. Jurist (FH), Frankenstein (RP) 4. Christiane Maria Huxjens, Geschäftsführerin, Madebach (NW) 5. Philipp Wolf, Hotellsachmann, Magdeburg (ST)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Gernot Kohls, Geograph M.A., Langenhagen (NI) 7. Jörg Stimpfing, Freiberufler, Stuttgart (BW) 8. Harald Kix, Taxitarntnehmer, Lübeck (SH) 9. Susanne von Bechtolsheim, Energieberaterin, Landshut (BY) 10. Dietmar Holzappel, Angestellter, Sulzbach/Saar (SL)</p>	<input type="radio"/>
11	<p>Volksabstimmung Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen</p> <p>1. Dr. Helmut Fleck, Dipl.-Bauplaner/Dipl.-Wirtschaftsingenieur, Siegburg (NW) 2. Claus Plankke, Anwalt definitiv, Bonn (NW) 3. Angelika Coerligns, Taxiführerin, Much (NW) 4. Dr. Artur Dreischer, Arzt, Reutlingen (BW) 5. Marcel Weifenbach, Maler und Lackierer, Kaufungen (HE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Stefan Reh, Dipl.-Kaufmann, Troisdorf (NW) 7. Hans-Albrecht Oel, Bauwerksmeister, Lohmar (NW) 8. Klaus Augustinowski, Industriemeister Maschinenbau, Troisdorf (NW) 9. Achim Brandt, Bauzeichner, Wannweil (BW) 10. Hans-Georg Wittka, Steuer- und Wirtschaftsjurist, Siegburg (NW)</p>	<input type="radio"/>
12	<p>PBC Partei Bibeltreuer Christen</p> <p>1. Klaus-Dieter Schlotmann, Lehrer für Fachpraxis, Gifhorn (NI) 2. Dr. Detlef Karstens, Physiker, Gifhorn (NI) 3. Waldemar Herdt, Unternehmer, Neuenkirchen-Vörden (NI) 4. Michael Sodtke, Dozent/IT-Trainer, Weierbach (RP) 5. Ole Steffes, Bankvorstand, Dresden (SN)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p>	<input type="radio"/>

13	<p>ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei</p> <p>1. Prof. Dr. Klaus Buchner, Physiker, München (BY) 2. Sebastian Frankenberger, Unternehmer, Passau (BY) 3. Susann Mai, Krankenschwester, Leinefelde-Worbis (TH) 4. Verena Föttinger, Dipl.-Theologin, Fluorn-Winzeln (BW) 5. Volker Behrendt, Dipl.-Finanzwirt, Hamburg (HH)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Johannes Bombeck, Sozialpädagoge, Bottrup (NW) 7. Johannes Schneider, Winzer/Dipl.-Ing. Oenologie, Maring-Nowisand (RP) 8. Lucia Fischer, selbst. Wirtschaftsinformatikerin, Memmingen (BY) 9. Gero Sartorius, Dipl.-Ing./Studierrat, Stadthagen (NI) 10. Dr. Claudius Moseler, Dipl.-Geograph, Mainz (RP)</p>	<input type="radio"/>
14	<p>CM CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten</p> <p>1. Josef Happel, Steuerberater/Rechtsbeistand, Rodgau (HE) 2. Thomas Rickel, Verwaltungsangestellter, Bielefeld (NW) 3. Rosalinde Klein, Rentnerin, Würzburg (BY) 4. Otto Ried, Marketingleiter a.D., Stuttgart (BW) 5. Berthold Rehm, Rentner, Eschborn (HE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Armin Krafft, Hausmeister, Marburg (HE) 7. Uwe Schlierer, Kaufmann, Schwendi (BW) 8. Achim Pelz, Maler und Lackierer, Lingen (Ems) (NI) 9. Anton Schmelz-Käser, Masseur, Bad Füssing (BY)</p>	<input type="radio"/>
15	<p>AUF AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland</p> <p>1. Christa Meves, Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeutin, Uelzen (NI) 2. Michael Ragg, Journalist, Opienbach (BY) 3. Karin Heepen, Dipl.-Bauingenieurin, Erfurt (TH) 4. Martina Döbrich, Rechtsanwältin, Mettlach (SL) 5. Dieter Burr, Steuerberater, Weissach (BW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Friedemann Hetz, Postsekretär a.D., Weinstadt (BW) 7. Ute Büschkens-Schmidt, Kauffrau, Kuchelmiß (MV) 8. Friedrich Merker, Arzt, Oberstaufen (BY) 9. Wolfgang Höhn, Dipl.-Psychologe, Wandelstein (BY) 10. Christian Papentin, Projektleiter, Stuttgart (BW)</p>	<input type="radio"/>
16	<p>DKP Deutsche Kommunistische Partei</p> <p>1. Prof. Dr. Nina Hager, Journalistin, Berlin (BE) 2. Mario Berrios Miranda, Landschaftsarchitekt, Wildau (BB) 3. Siw Mammitsch, Angestellte, Essen (NW) 4. Lucas Zeise, Journalist, Frankfurt am Main (HE) 5. Karin Schnitzler, Rentnerin, Essen (NW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Talip Güngör, Informatiker, Braunschweig (NI) 7. Kornelia Lopau, Rentnerin, Stuttgart (BW) 8. Joachim Bigus, Werkzeugmacher, Osnabrück (NI) 9. Erika Baum, Rentnerin, Berlin (BE) 10. Dr. Klaus Steiniger, Rentner, Berlin (BE)</p>	<input type="radio"/>
17	<p>BP Bayernpartei</p> <p>1. Florian Weber, Geschäftsführer, Bad Aibling (BY) 2. Johann Eberle, Busfahrer, München (BY) 3. Dr. Hermann Seiderer, Facharzt, Marktberdorf (BY) 4. Georg Weiß, Ingenieur für Elektrotechnik, München (BY) 5. Cornelia Zadrosny, Groß- und Außenhandelskauffrau, Haag i. OB (BY)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Fritz Zirngibl, Immobilienmakler, Teugn (BY) 7. Alois Späth, Rentner, Furth im Wald (BY) 8. Bernhard Neumann, Pflegefachhelfer, Kolbenschwar (BY) 9. Jaroslav Curlicca, Elektrotechniker, München (BY) 10. Jürgen Wagner, Maschinenbediener, Bamberg (BY)</p>	<input type="radio"/>
18	<p>PSG Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale</p> <p>1. Ulrich Rippert, Redakteur, Berlin (BE) 2. Christoph Vandreier, Psychologe, Berlin (BE) 3. Elisabeth Zimmermann-Modler, Sachbearbeiterin, Duisburg (NW) 4. Marianne Arens, CAD-Zeichnerin, Frankfurt am Main (HE) 5. Dietmar Gaisenkersting, Dipl.-Pädagoge, Duisburg (NW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Helmut Jöns, Chemiefacharbeiter, Frankfurt am Main (HE) 7. Endrik Baxian, Krankenpfleger, Berlin (BE)</p>	<input type="radio"/>
19	<p>BüSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität</p> <p>1. Helga Zepp-LaRouche, Journalistin, Mainz (RP) 2. Elke Fimmen, Angestellte, Ginsheim-Gustavsburg (HE) 3. Stephan Ossenkopp, Journalist, Stuttgart (BW) 4. Katarzyna Kruczkowski, Angestellte, Essen (NW) 5. Dr. Wolfgang Lilje, Arzt, Berlin (BE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Josef Perschl, Landwirt, Tyrlaching (BY) 7. Hubertus Mohs, Dipl.-Ing. i.R., Stuttgart (BW) 8. Claudia Calani, Journalist, Wiesbaden (HE) 9. Stefan Tolksdorf, Angestellter, Berlin (BE) 10. Armin Azima, wiss. Angestellter, Hamburg (HH)</p>	<input type="radio"/>
20	<p>AfD Alternative für Deutschland</p> <p>1. Prof. Dr. Bernd Lucke, Hochschullehrer, Wismar (Mei) (NI) 2. Prof. Dr. h. c. Hans-Olaf Henkel, Autor, Berlin (BE) 3. Bernd Kölmel, Ministerialrat, Oligheim (BW) 4. Beatrix von Storch, Rechtsanwältin, Berlin (BE) 5. Prof. Dr. Joachim Starbatty, Hochschullehrer, Tübingen (BW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Ulrike Trebesius, Bauingenieurin, Horst (Holstein) (SH) 7. Marcus Pretzell, Rechtsanwalt, Bielefeld (NW) 8. Dr. Marc Jongen, wiss. Mitarbeiter, Karlsruhe (BW) 9. Armin-Paulus Hampel, Journalist, Wiedel (NI) 10. Dr. Jörg Hubert Neuthen, Hochschullehrer, Karlsruhe (BW)</p>	<input type="radio"/>
21	<p>PRO NRW Bürgerbewegung PRO NRW</p> <p>1. Markus Beisich, Rechtsanwalt, Leverkusen (NW) 2. Friedrich Christopher Freiherr von Mengersen, Student, Bonn (NW) 3. Silwana Spingelhoff, Angestellte, Essen (NW) 4. Karl-Wolfgang Palm, Polizeibeamter, Aachen (NW) 5. Claudia Gehrhardt, Einzelhandelskauffrau, Wuppertal (NW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Dominik Horst Roeseler, selbst. Handelsvertreter, Mönchengladbach (NW) 7. Jürgen Hintz, Rentner, Bergheim (NW) 8. Kevin Gareth Hauer, Kaufmann, Gelsenkirchen (NW) 9. Dr. Christoph Heger, Rentner, Overath (NW) 10. Christine Öllig, Büroangestellte, Essen (NW)</p>	<input type="radio"/>
22	<p>MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands</p> <p>1. Peter Weispfenning, Rechtsanwalt, Herne (NW) 2. Lisa Gärtner, Mechatronikerin, Gelsenkirchen (NW) 3. Stefan Engel, freier Publizist, Gelsenkirchen (NW) 4. Mehmet Ali Meral, Student, Konstanz (BW) 5. Monika Gärtner-Engel, Dipl.-Pädagogin, Gelsenkirchen (NW)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Münir Köroglu, Dreher, Nürnberg (BY) 7. Fred Schirmacher, Steuerfachangestellter, Berlin (BE) 8. Seyran Cenan, Rechtsanwaltsangestellte, Herne (NW) 9. Dirk Willing, kfm. Angestellter, Essen (NW) 10. Luisa Angelica Urrutia Garrido, Sozialpädagogin, Hattingen (NW)</p>	<input type="radio"/>
23	<p>NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands</p> <p>1. Udo Voigt, Politikwissenschaftler, Berlin (BE) 2. Dr. Olaf Rose, Historiker/parlament. Berater, Dresden (SN) 3. Jens Pühse, Geschäftsführer, Berlin (BE) 4. Ariane Meise, Juristin, Neunkirchen-Seelscheid (NW) 5. Peter Schreiber, Dipl.-Finanzwirt (FH), Strehla (SN)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Uwe Meenen, Verlagskaufmann, Berlin (BE) 7. Christina Krieger, Studentin, Hannover (NI) 8. Edda Schmidt, Hausfrau, Bispingen (BW) 9. Stefan Lux, Historiker, Berlin (BE) 10. Ricarda Riefing, selbstständig, Pirmasens (RP)</p>	<input type="radio"/>
24	<p>Die PARTEI Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative</p> <p>1. Martin Sonneborn, Journalist, Berlin (BE) 2. Martina Werner, Journalistin, Frankfurt am Main (HE) 3. Claus-Dieter Preuß, Dipl.-Verwaltungswirt, Krefeld (NW) 4. Thomas Hintner, Dipl.-Kommunikationsdesigner (FH), Hanau (HE) 5. Georg Behrend, freier Journalist, Berlin (BE)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Torsten Gaitzsch, Journalist, Frankfurt am Main (HE) 7. David Fuchs, Student, Köln (NW) 8. Alexander Grupe, Software-Entwickler, Hamburg (HH) 9. Leonhard Georg Fischer, Journalist, Frankfurt am Main (HE) 10. Peter Mendelsohn, IT-Systemberater, Mannheim (BW)</p>	<input type="radio"/>

BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BE = Berlin, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, SH = Schleswig-Holstein, TH = Thüringen

8. Ergebnis der Europawahl vom 07.06.2009

Oberbergischer Kreis

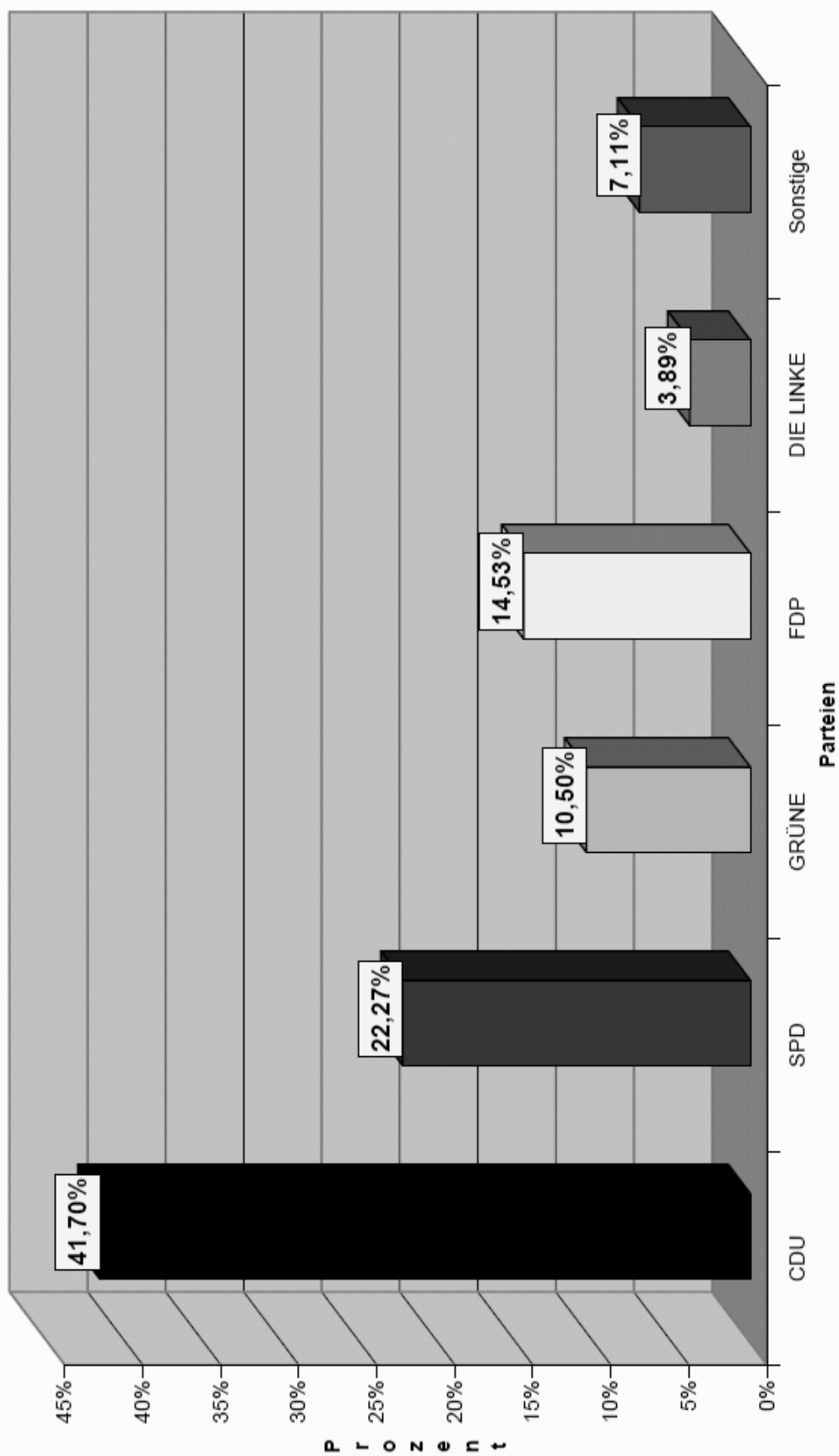
Wahlberechtigte ohne Spervermerk "W"	A 1	198.420
Wahlberechtigte mit Spervermerk "W"	A 2	14.070
nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	88.051
Ungültige Stimmen	C	981
Gültige Stimmen	D	87.070

Wahlbeteiligung	41,44%
-----------------	--------

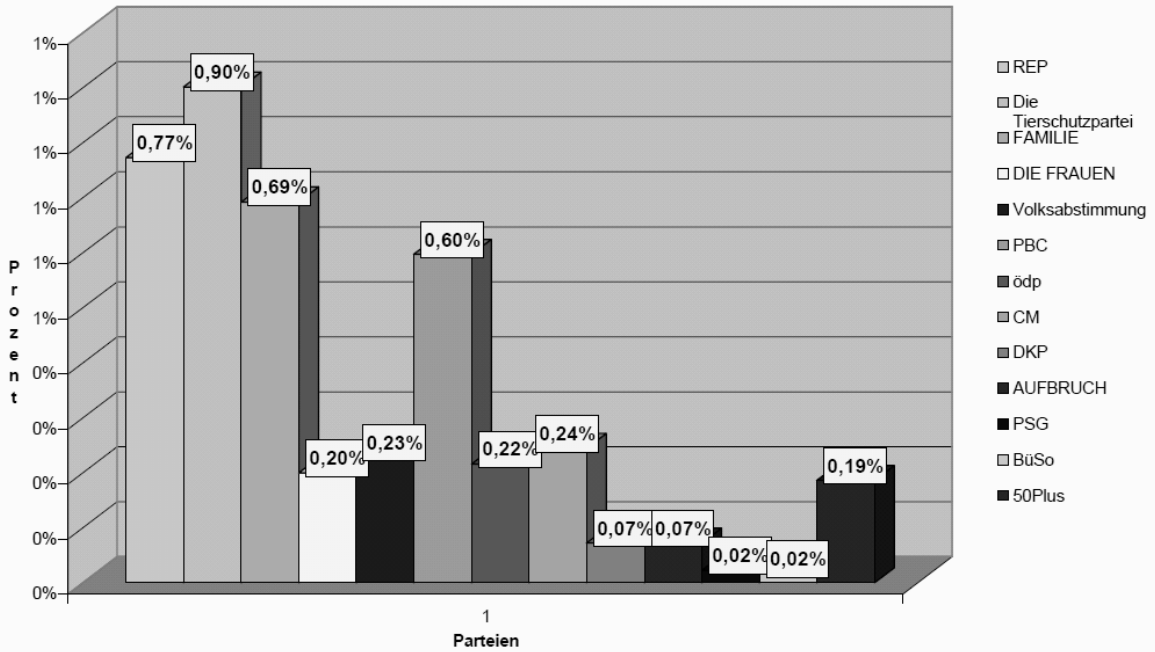
Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmzahl	Prozent
1	CDU	36.307	41,70%
2	SPD	19.393	22,27%
3	GRÜNE	9.145	10,50%
4	FDP	12.651	14,53%
5	DIE LINKE	3.387	3,89%
6	REP	673	0,77%
7	Die Tierschutzpartei	785	0,90%
8	FAMILIE	603	0,69%
9	DIE FRAUEN	174	0,20%
10	Volksabstimmung	199	0,23%
11	PBC	520	0,60%
12	ödp	188	0,22%
13	CM	213	0,24%
14	DKP	63	0,07%
15	AUFBRUCH	63	0,07%
16	PSG	20	0,02%
17	BüSo	14	0,02%
18	50Plus	162	0,19%
19	AUF	173	0,20%
20	BP	65	0,07%
21	DVU	294	0,34%
22	DIE GRAUEN	160	0,18%
23	DIE VIOLETTEN	107	0,12%
24	EDE	20	0,02%
25	FBI	68	0,08%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	102	0,12%
27	FW FREIE WÄHLER	256	0,29%
28	Newropeans	20	0,02%
29	PIRATEN	559	0,64%
30	RRP	193	0,22%
31	RENTNER	493	0,57%

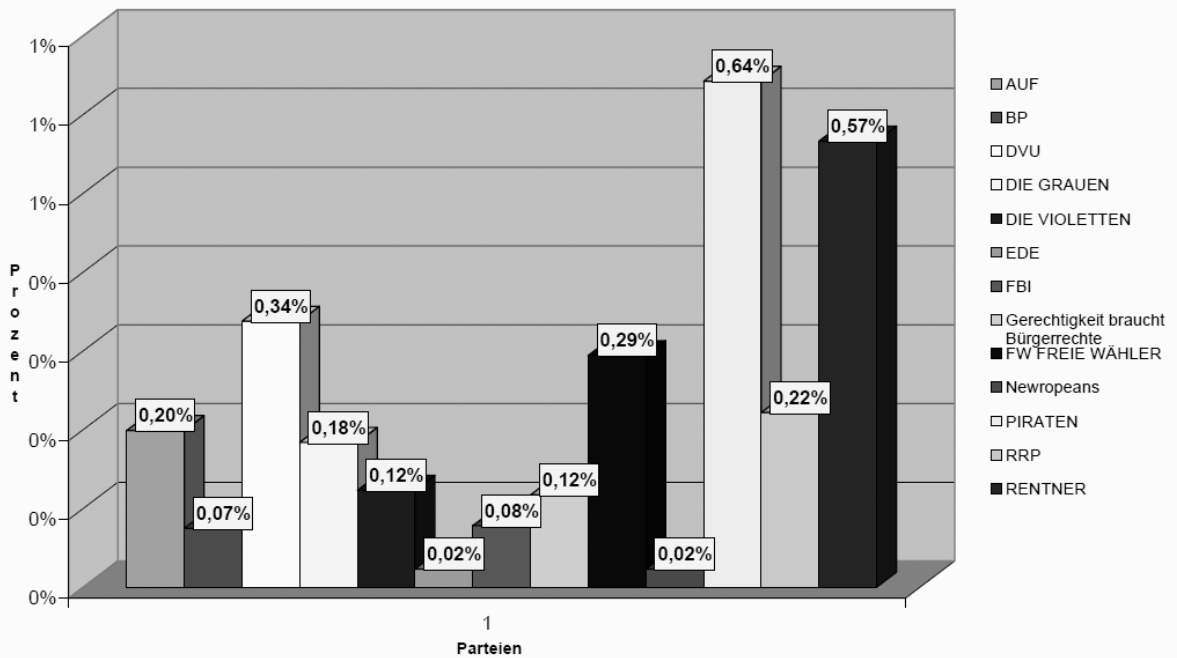
Ergebnis der Europawahl 2009 im Oberbergischen Kreis



Ergebnis der Europawahl 2009 im Oberbergischen Kreis - "Sonstige I"



Ergebnis der Europawahl 2009 im Oberbergischen Kreis - "Sonstige II"



Stadt Bergneustadt

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	12.752
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	705
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	5.310
Ungültige Stimmen	C	62
Gültige Stimmen	D	5.248

Wahlbeteiligung	39,46%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.209	42,09%
2	SPD	1.336	25,46%
3	GRÜNE	434	8,27%
4	FDP	737	14,04%
5	DIE LINKE	169	3,22%
6	REP	45	0,86%
7	Die Tierschutzpartei	30	0,57%
8	FAMILIE	34	0,65%
9	DIE FRAUEN	3	0,06%
10	Volksabstimmung	14	0,27%
11	PBC	31	0,59%
12	ödp	7	0,13%
13	CM	17	0,32%
14	DKP	2	0,04%
15	AUFBRUCH	1	0,02%
16	PSG	1	0,02%
17	BüSo	2	0,04%
18	50Plus	9	0,17%
19	AUF	31	0,59%
20	BP	4	0,08%
21	DVU	17	0,32%
22	DIE GRAUEN	7	0,13%
23	DIE VIOLETTEN	1	0,02%
24	EDE	0	0,00%
25	FBI	6	0,11%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	5	0,10%
27	FW FREIE WÄHLER	14	0,27%
28	Newropeans	1	0,02%
29	PIRATEN	23	0,44%
30	RRP	12	0,23%
31	RENTNER	46	0,88%

Gemeinde Engelskirchen

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	14.051
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	1.252
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	7.190
Ungültige Stimmen	C	81
Gültige Stimmen	D	7.109

Wahlbeteiligung	46,98%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.673	37,60%
2	SPD	1.849	26,01%
3	GRÜNE	855	12,03%
4	FDP	984	13,84%
5	DIE LINKE	286	4,02%
6	REP	46	0,65%
7	Die Tierschutzpartei	73	1,03%
8	FAMILIE	35	0,49%
9	DIE FRAUEN	14	0,20%
10	Volksabstimmung	12	0,17%
11	PBC	21	0,30%
12	ödp	2	0,03%
13	CM	17	0,24%
14	DKP	8	0,11%
15	AUFBRUCH	6	0,08%
16	PSG	0	0,00%
17	BüSo	0	0,00%
18	50Plus	16	0,23%
19	AUF	10	0,14%
20	BP	6	0,08%
21	DVU	16	0,23%
22	DIE GRAUEN	15	0,21%
23	DIE VIOLETTEN	10	0,14%
24	EDE	0	0,00%
25	FBI	1	0,01%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	8	0,11%
27	FW FREIE WÄHLER	32	0,45%
28	Newropeans	3	0,04%
29	PIRATEN	52	0,73%
30	RRP	13	0,18%
31	RENTNER	46	0,65%

Stadt Gummersbach

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	36.313
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	2.555
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	15.344
Ungültige Stimmen	C	185
Gültige Stimmen	D	15.159

Wahlbeteiligung	39,48%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	6.037	39,82%
2	SPD	3.527	23,27%
3	GRÜNE	1.599	10,55%
4	FDP	2.170	14,31%
5	DIE LINKE	666	4,39%
6	REP	125	0,82%
7	Die Tierschutzpartei	144	0,95%
8	FAMILIE	106	0,70%
9	DIE FRAUEN	43	0,28%
10	Volksabstimmung	41	0,27%
11	PBC	103	0,68%
12	ödp	33	0,22%
13	CM	55	0,36%
14	DKP	7	0,05%
15	AUFBRUCH	14	0,09%
16	PSG	5	0,03%
17	BüSo	4	0,03%
18	50Plus	37	0,24%
19	AUF	41	0,27%
20	BP	9	0,06%
21	DVU	47	0,31%
22	DIE GRAUEN	24	0,16%
23	DIE VIOLETTEN	17	0,11%
24	EDE	4	0,03%
25	FBI	15	0,10%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	20	0,13%
27	FW FREIE WÄHLER	30	0,20%
28	Newropeans	3	0,02%
29	PIRATEN	101	0,67%
30	RRP	41	0,27%
31	RENTNER	91	0,60%

Stadt Hückeswagen

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	11.555
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	705
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	5.269
Ungültige Stimmen	C	55
Gültige Stimmen	D	5.214

Wahlbeteiligung	42,98%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.220	42,58%
2	SPD	1.104	21,17%
3	GRÜNE	517	9,92%
4	FDP	757	14,52%
5	DIE LINKE	220	4,22%
6	REP	42	0,81%
7	Die Tierschutzpartei	55	1,05%
8	FAMILIE	43	0,82%
9	DIE FRAUEN	7	0,13%
10	Volksabstimmung	6	0,12%
11	PBC	33	0,63%
12	ödp	6	0,12%
13	CM	12	0,23%
14	DKP	5	0,10%
15	AUFBRUCH	4	0,08%
16	PSG	1	0,02%
17	BüSo	2	0,04%
18	50Plus	8	0,15%
19	AUF	10	0,19%
20	BP	5	0,10%
21	DVU	17	0,33%
22	DIE GRAUEN	9	0,17%
23	DIE VIOLETTEN	11	0,21%
24	EDE	1	0,02%
25	FBI	6	0,12%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	8	0,15%
27	FW FREIE WÄHLER	21	0,40%
28	Newropeans	2	0,04%
29	PIRATEN	37	0,71%
30	RRP	15	0,29%
31	RENTNER	30	0,58%

Gemeinde Lindlar

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	15.394
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	1.087
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	7.694
Ungültige Stimmen	C	72
Gültige Stimmen	D	7.622

Wahlbeteiligung	46,68%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmzahl	Prozent
1	CDU	3.295	43,23%
2	SPD	1.534	20,13%
3	GRÜNE	970	12,73%
4	FDP	1.115	14,63%
5	DIE LINKE	265	3,48%
6	REP	38	0,50%
7	Die Tierschutzpartei	66	0,87%
8	FAMILIE	42	0,55%
9	DIE FRAUEN	14	0,18%
10	Volksabstimmung	23	0,30%
11	PBC	24	0,31%
12	ödp	11	0,14%
13	CM	16	0,21%
14	DKP	1	0,01%
15	AUFBRUCH	3	0,04%
16	PSG	2	0,03%
17	BüSo	1	0,01%
18	50Plus	12	0,16%
19	AUF	7	0,09%
20	BP	3	0,04%
21	DVU	16	0,21%
22	DIE GRAUEN	12	0,16%
23	DIE VIOLETTEN	6	0,08%
24	EDE	2	0,03%
25	FBI	8	0,10%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	7	0,09%
27	FW FREIE WÄHLER	19	0,25%
28	Newropeans	1	0,01%
29	PIRATEN	69	0,91%
30	RRP	16	0,21%
31	RENTNER	24	0,31%

Gemeinde Marienheide

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	9.615
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	733
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	4.550
Ungültige Stimmen	C	60
Gültige Stimmen	D	4.490

Wahlbeteiligung	43,97%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	1.919	42,74%
2	SPD	1.016	22,63%
3	GRÜNE	444	9,89%
4	FDP	660	14,70%
5	DIE LINKE	145	3,23%
6	REP	31	0,69%
7	Die Tierschutzpartei	40	0,89%
8	FAMILIE	22	0,49%
9	DIE FRAUEN	10	0,22%
10	Volksabstimmung	15	0,33%
11	PBC	41	0,91%
12	ödp	9	0,20%
13	CM	8	0,18%
14	DKP	2	0,04%
15	AUFBRUCH	2	0,04%
16	PSG	2	0,04%
17	BüSo	1	0,02%
18	50Plus	8	0,18%
19	AUF	4	0,09%
20	BP	1	0,02%
21	DVU	22	0,49%
22	DIE GRAUEN	10	0,22%
23	DIE VIOLETTEN	4	0,09%
24	EDE	3	0,07%
25	FBI	2	0,04%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	1	0,02%
27	FW FREIE WÄHLER	18	0,40%
28	Newropeans	1	0,02%
29	PIRATEN	17	0,38%
30	RRP	10	0,22%
31	RENTNER	22	0,49%

Gemeinde Morsbach

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	7.629
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	773
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	3.217
Ungültige Stimmen	C	40
Gültige Stimmen	D	3.177

Wahlbeteiligung	38,29%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	1.448	45,58%
2	SPD	699	22,00%
3	GRÜNE	269	8,47%
4	FDP	432	13,60%
5	DIE LINKE	124	3,90%
6	REP	23	0,72%
7	Die Tierschutzpartei	26	0,82%
8	FAMILIE	31	0,98%
9	DIE FRAUEN	4	0,13%
10	Volksabstimmung	11	0,35%
11	PBC	13	0,41%
12	ödp	6	0,19%
13	CM	4	0,13%
14	DKP	1	0,03%
15	AUFBRUCH	3	0,09%
16	PSG	0	0,00%
17	BüSo	0	0,00%
18	50Plus	5	0,16%
19	AUF	5	0,16%
20	BP	2	0,06%
21	DVU	11	0,35%
22	DIE GRAUEN	7	0,22%
23	DIE VIOLETTEN	1	0,03%
24	EDE	1	0,03%
25	FBI	0	0,00%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	5	0,16%
27	FW FREIE WÄHLER	5	0,16%
28	Newropeans	1	0,03%
29	PIRATEN	14	0,44%
30	RRP	10	0,31%
31	RENTNER	16	0,50%

Gemeinde Nümbrecht

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	12.360
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	867
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	5.236
Ungültige Stimmen	C	51
Gültige Stimmen	D	5.185

Wahlbeteiligung	39,59%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	1.984	38,26%
2	SPD	1.204	23,22%
3	GRÜNE	626	12,07%
4	FDP	751	14,48%
5	DIE LINKE	197	3,80%
6	REP	44	0,85%
7	Die Tierschutzpartei	51	0,98%
8	FAMILIE	32	0,62%
9	DIE FRAUEN	6	0,12%
10	Volksabstimmung	9	0,17%
11	PBC	85	1,64%
12	ödp	17	0,33%
13	CM	14	0,27%
14	DKP	7	0,14%
15	AUFBRUCH	3	0,06%
16	PSG	3	0,06%
17	BüSo	1	0,02%
18	50Plus	7	0,14%
19	AUF	12	0,23%
20	BP	6	0,12%
21	DVU	10	0,19%
22	DIE GRAUEN	9	0,17%
23	DIE VIOLETTEN	9	0,17%
24	EDE	1	0,02%
25	FBI	7	0,14%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	4	0,08%
27	FW FREIE WÄHLER	14	0,27%
28	Newropeans	2	0,04%
29	PIRATEN	36	0,69%
30	RRP	11	0,21%
31	RENTNER	23	0,44%

Stadt Radevormwald

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	16.170
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	1.209
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	7.038
Ungültige Stimmen	C	72
Gültige Stimmen	D	6.966

Wahlbeteiligung	40,50%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.885	41,42%
2	SPD	1.536	22,05%
3	GRÜNE	674	9,68%
4	FDP	1.067	15,32%
5	DIE LINKE	260	3,73%
6	REP	87	1,25%
7	Die Tierschutzpartei	63	0,90%
8	FAMILIE	53	0,76%
9	DIE FRAUEN	18	0,26%
10	Volksabstimmung	10	0,14%
11	PBC	23	0,33%
12	ödp	55	0,79%
13	CM	9	0,13%
14	DKP	6	0,09%
15	AUFBRUCH	1	0,01%
16	PSG	0	0,00%
17	BüSo	0	0,00%
18	50Plus	12	0,17%
19	AUF	5	0,07%
20	BP	6	0,09%
21	DVU	38	0,55%
22	DIE GRAUEN	18	0,26%
23	DIE VIOLETTEN	6	0,09%
24	EDE	3	0,04%
25	FBI	3	0,04%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	5	0,07%
27	FW FREIE WÄHLER	17	0,24%
28	Newropeans	3	0,04%
29	PIRATEN	39	0,56%
30	RRP	13	0,19%
31	RENTNER	51	0,73%

Gemeinde Reichshof

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	14.093
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	918
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	5.765
Ungültige Stimmen	C	51
Gültige Stimmen	D	5.714

Wahlbeteiligung	38,41%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.264	39,62%
2	SPD	1.184	20,72%
3	GRÜNE	561	9,82%
4	FDP	953	16,68%
5	DIE LINKE	246	4,31%
6	REP	67	1,17%
7	Die Tierschutzpartei	60	1,05%
8	FAMILIE	50	0,88%
9	DIE FRAUEN	16	0,28%
10	Volksabstimmung	10	0,18%
11	PBC	38	0,67%
12	ödp	13	0,23%
13	CM	21	0,37%
14	DKP	4	0,07%
15	AUFBRUCH	1	0,02%
16	PSG	1	0,02%
17	BüSo	2	0,04%
18	50Plus	12	0,21%
19	AUF	17	0,30%
20	BP	8	0,14%
21	DVU	20	0,35%
22	DIE GRAUEN	15	0,26%
23	DIE VIOLETTEN	13	0,23%
24	EDE	2	0,04%
25	FBI	7	0,12%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	9	0,16%
27	FW FREIE WÄHLER	25	0,44%
28	Newropeans	0	0,00%
29	PIRATEN	46	0,81%
30	RRP	11	0,19%
31	RENTNER	38	0,67%

Stadt Waldbröl

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	13.535
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	814
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	4.742
Ungültige Stimmen	C	55
Gültige Stimmen	D	4.687

Wahlbeteiligung	33,05%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	2.081	44,40%
2	SPD	1.005	21,44%
3	GRÜNE	420	8,96%
4	FDP	596	12,72%
5	DIE LINKE	216	4,61%
6	REP	30	0,64%
7	Die Tierschutzpartei	46	0,98%
8	FAMILIE	43	0,92%
9	DIE FRAUEN	8	0,17%
10	Volksabstimmung	9	0,19%
11	PBC	23	0,49%
12	ödp	9	0,19%
13	CM	13	0,28%
14	DKP	7	0,15%
15	AUFBRUCH	11	0,23%
16	PSG	0	0,00%
17	BüSo	0	0,00%
18	50Plus	13	0,28%
19	AUF	5	0,11%
20	BP	5	0,11%
21	DVU	19	0,41%
22	DIE GRAUEN	14	0,30%
23	DIE VIOLETTEN	11	0,23%
24	EDE	1	0,02%
25	FBI	5	0,11%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	9	0,19%
27	FW FREIE WÄHLER	29	0,62%
28	Newropeans	2	0,04%
29	PIRATEN	19	0,41%
30	RRP	11	0,23%
31	RENTNER	27	0,58%

Stadt Wiehl

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	19.229
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	1.223
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	8.624
Ungültige Stimmen	C	106
Gültige Stimmen	D	8.518

Wahlbeteiligung	42,17%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	3.217	37,77%
2	SPD	1.985	23,30%
3	GRÜNE	955	11,21%
4	FDP	1.368	16,06%
5	DIE LINKE	356	4,18%
6	REP	62	0,73%
7	Die Tierschutzpartei	63	0,74%
8	FAMILIE	63	0,74%
9	DIE FRAUEN	18	0,21%
10	Volksabstimmung	23	0,27%
11	PBC	67	0,79%
12	ödp	12	0,14%
13	CM	19	0,22%
14	DKP	13	0,15%
15	AUFBRUCH	8	0,09%
16	PSG	5	0,06%
17	BüSo	1	0,01%
18	50Plus	16	0,19%
19	AUF	21	0,25%
20	BP	7	0,08%
21	DVU	39	0,46%
22	DIE GRAUEN	14	0,16%
23	DIE VIOLETTEN	11	0,13%
24	EDE	1	0,01%
25	FBI	7	0,08%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	14	0,16%
27	FW FREIE WÄHLER	18	0,21%
28	Newropeans	0	0,00%
29	PIRATEN	65	0,76%
30	RRP	21	0,25%
31	RENTNER	49	0,58%

Stadt Wipperfürth

Wahlberecht. ohne Sperrvermerk "W"	A 1	15.724
Wahlberecht. mit Sperrvermerk "W"	A 2	1.229
Wahlberecht. nach § 24 Abs.2 EuWO	A 3	0
Wähler	B	8.072
Ungültige Stimmen	C	91
Gültige Stimmen	D	7.981

Wahlbeteiligung	47,61%
-----------------	--------

Von den Stimmen entfallen auf

Nr.	Kurzbezeichnung bzw. Name der Partei	Stimmenzahl	Prozent
1	CDU	4.075	51,06%
2	SPD	1.414	17,72%
3	GRÜNE	821	10,29%
4	FDP	1.061	13,29%
5	DIE LINKE	237	2,97%
6	REP	33	0,41%
7	Die Tierschutzpartei	68	0,85%
8	FAMILIE	49	0,61%
9	DIE FRAUEN	13	0,16%
10	Volksabstimmung	16	0,20%
11	PBC	18	0,23%
12	ödp	8	0,10%
13	CM	8	0,10%
14	DKP	0	0,00%
15	AUFBRUCH	6	0,08%
16	PSG	0	0,00%
17	BüSo	0	0,00%
18	50Plus	7	0,09%
19	AUF	5	0,06%
20	BP	3	0,04%
21	DVU	22	0,28%
22	DIE GRAUEN	6	0,08%
23	DIE VIOLETTEN	7	0,09%
24	EDE	1	0,01%
25	FBI	1	0,01%
26	Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte	7	0,09%
27	FW FREIE WÄHLER	14	0,18%
28	Newropeans	1	0,01%
29	PIRATEN	41	0,51%
30	RRP	9	0,11%
31	RENTNER	30	0,38%

Impressum

Herausgeber

Oberbergischer Kreis
Kreiswahlbüro
Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

Kontakt

Telefon 02261 88-1912
Fax 02261 88-972-1912
E-Mail jeanette.bohlien@obk.de
Internet www.obk.de

Druck

Oberbergischer Kreis
Druckerei
Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

Hinweis:

Alle Angaben ohne Gewähr. Die Auswahl der Parteien bei der Darstellung von Vergleichszahlen stellt keine politische Wertung dar.